an die führenden Stellen in der Rätebewegung gebracht, wo sie heute stehen. Es war nichts davon zu merken, daß dieses „Parlament des Volkes“ nun die so oft und reichlich verheißenen Talente aus der Tiefe hervorgebracht hätte. Entsprechend stand es mit dem Niveau dessen, was gesprochen wurde. Einige großzügige Reden der genannten Führer und der Minister verfolgten wirklich weitgesteckte politische und auch augenblickliche taktische Ziele mit großer Geschicklichkeit und suchten die Stimmung des Kongresses entscheidend zu beeinflussen, was ihnen auch zum Teil gelang; das andere aber stand zumeist auf der Höhe von Bezirksversammlungen kleinen Stils und weit unter dem Niveau von Weimar, das wir nicht überschätzen. Man redete disziplinlos über tausend Dinge, und von einer Fähigkeit zur straffen Arbeit war vier Tage lang nichts zu bemerken. Alle Augenblicke kam man wieder vom Thema ab und verfiel in Nebensachen — und diese Körperschaft wollte oder sollte Deutschland regieren? Man dachte in der Mehrzahl offensichtlich weniger an Reich und Volk als an Parteipolemik. Mit Vorliebe unterhielt man sich darüber, ob die Mehrheitssozialisten oder die Unabhängigen mehr Schuld an früheren Streiks und zurückliegenden Fällen von Blutvergießen hätten. Man hatte sich eben vier Monate lang nicht gesehen und brachte das Bedürfnis mit, wieder einmal „abzurechnen“, ganz nach der alten Art sozialdemokratischer Parteilage. Wenn der alte Geyer dazu meinte: „Unsere Auseinandersetzungen sind kein Parteigezänk, sie bedeuten vielmehr die Klärung der Lage“, so rief dagegen ein Demokrat in das Gerausche der beiden sozialistischen Parteien hinein, man komme sich ja wie im Tollhause vor. Aber auch Herr Kaliski mahnte strafend, als die Aussprache sich wieder einmal uferlos verlief, der Kongreß sei doch schließlich kein Diskutierklub, man bringe sich ja um alle Reputation. In der Tat, man hatte mehr als eine halbe Woche vertrödelt, ohne zum eigentlichen Thema zu kommen.

Den Hauptgegenstand der Verhandlungen sollten nämlich die Sozialisierung und der Ausbau der Arbeiterräte bilden. Statt dessen suchte die Linke immer wieder die Zuständigkeit des Kongresses zu überschreiten. Mögen auch seine Vollmachten nicht genau festgelegt und in begreiflichem revolutionären Flusse sein, so ließ sich doch feststellen, wo man in das Gebiet der Nationalversammlung eindrang, neben der ja der Kongreß vorläufig nicht rangiert. Es ist kein Zweifel, daß auf der Linken die Absicht bestanden hat, der Nationalversammlung unmerklich und wie selbstverständlich Konkurrenz zu machen und der Reichsleitung allerlei Entschließungen zu übermitteln, deren Inhalt zum Arbeitsbereich der Nationalversammlung gehört. Aber es blieb bei Resolutionen. Man wußte eben doch, daß man die Vollmachten eines Parlaments nicht hatte, und begnügte sich mit Anträgen, die man genau genommen nur zur Erwägung geben konnte, und die von der Reichsregierung denn auch zum Teil abgelehnt worden sind und auch zu einem anderen Teile nicht verwirklicht werden dürften. So verlangte man Immunität für die Mitglieder des Kongresses, freilich auch die Haftentlassung Ledebours, forderte für die Arbeiter- und Soldatenräte bei Lebensmitteldurchsuchungen dieselben Rechte wie für Behörden, ferner die Entsendung von 5 Mitgliedern des Kongresses zur Friedensdelegation, wandte sich in einer Entschließung gegen Erzbergers antifranzösische Politik und befürwortete einen Kontinentalbund unter Ausschluß Englands, lehnte den oberschlesischen Grenzschutz gegen die Tschechen ab, forderte die Aufhebung der Verordnung über Regelung der Kommandogewalt, nahm einen mehrheitssozialistischen Antrag auf Vertretung der Soldatenräte beim Reichswehrminister an, die indessen mit der Führung und Bewegung der Truppen nichts zu tun haben soll, ließ aber den Antrag der Unabhängigen und der Soldatenfraktion fallen, einen Reichssoldatenrat zu bilden, der bei allen Verfügungen Noskes mitzubestimmen hätte, ebenso den unabhängigen Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes, bemerkenswerterweise auch für das Ruhrgebiet. Noch manche andere Anträge der Unabhängigen fielen unter den Tisch, worauf im einzelnen nicht eingegangen werden soll. Als endlich der Kongreß auf das Rätesystem zu sprechen kam, da nahmen die Verhandlungen bei diesem Hauptpunkt, der zugleich der kritischste Punkt war, eine ruhige Sachlichkeit an, die auf allen Seiten befriedigte. Ueber die Probleme dieses Themas wird noch gesondert zu sprechen sein.

Die spartakistischen Forderungen

Leipzig beherbergt jetzt die „Rote Fahne“, die in Berlin wegen ihrer verhetzenden Tätigkeit nicht mehr erscheinen darf, in seinen Mauern. In ihrer ersten Leipziger Nummer veröffentlicht sie die Forderungen der Spartakiden. Sie lauten:

1. Neuwahl und klare Abstimmung der Arbeiter- und Soldatenräte in den Betrieben und Truppenteilen.
2. Rücksichtslose Entfernung aller abhängigen Führer und Unabhängigen, die durch Paktieren mit den Abhängigen das Rätesystem und die Revolution verraten haben.
3. Volle Anerkennung der programmatischen Forderungen des Spartakus-Bundes.
4. Sofortige Durchführung folgender Maßnahmen:
   a) Befreiung aller politischen Gefangenen.
   b) Auflösung aller parlamentarischen Versammlungen.
   c) Auflösung aller gegenrevolutionären Truppenteile, Entwaffnung der Bourgeoisie, Internierung aller Offiziere.
   d) Bewaffnung des Proletariats und sofortige Bildung revolutionärer Kaders.
   e) Aufhebung aller Gerichte und Einsetzung von Revolutionstribunalen. Aburteilung aller Kriegsanstifter, Gegenrevolutionäre und Verräter durch diese.
   f) Beseitigung aller staatlichen Verwaltungsbehörden (Bürgermeister, Landräte usw.). Ersetzung durch Volksdelegierte.
   g) Erlaß eines Gesetzes auf entschädigungslose Uebernahme aller Großbetriebe (Bergwerke usw.), des Groß- und Mittelgrundbesitzes durch die Gesellschaft, sofortige Uebernahme der Verwaltung durch Arbeiterräte.
   h) Erlaß eines Gesetzes auf Streichung der Kriegsanleihe bis zum Betrage von 20 000 M.
   i) Unterdrückung der gesamten bürgerlichen Presse einschließlich und ganz besonders der abhängigen Presse.

Diese Forderungen sprechen für sich selbst. Von Gerechtigkeit oder vernünftigem Ausgleich keine Spur. Man braucht die Forderungen auch an und für sich nicht zu tragisch zu nehmen. Erfüllt werden sie wohl nie, aber sie tragen zu einer Verhetzung bei, die schlimmste Taten hervorrufen muß und schon hervorgerufen hat.

Die Fortdauer des Berliner Bankbeamtenstreiks

Berlin, 15. April. (Eig. Drahtber.) Der Bankbeamtenstreik dauert an. Die Besprechungen in Weimar zwischen Reichsminister Bauer und einer Abordnung der Bankbeamten aus Berlin führten bis gestern abend zu keinem Ergebnis. Sie sollen heute fortgesetzt werden.

In Hamburg ist der Bankbeamtenstreik vermieden worden, da sich die Bankleiter bereit erklärten, das uneingeschränkte Mitbestimmungsrecht der Beamten anzuerkennen bis zur anderweiten Regelung durch Reichstarif und Reichsnotgesetz.

Der Streik der Angestellten

Noch immer droht die Gefahr, daß sich der Streik der Bankbeamten zu einem Generalstreik der Angestellten Groß-Berlins auswächst. Die Streikleitung der Angestellten in der Metallindustrie fordert bereits in einem Aufruf an alle Angestellten Groß-Berlins dazu auf, sich mit den Streikenden solidarisch zu erklären.

Der Kampf geht jetzt in der Hauptsache nur noch um das Mitbestimmungsrecht. Den Verhandlungen zwischen dem Verband der Metall-Industriellen und den Angestellten vor dem Vollzugsrat lag ein Vermittlungsvorschlag des Generaldirektors Brückmann über die Frage des Mitbestimmungsrechts vor, der folgenden Wortlaut hat:

„Einstellung von Angestellten: Die Firmenleitung ist verpflichtet, dem Angestelltenausschuß von jeder Neueinstellung Kenntnis zu geben. Erfolgt auf Einspruch des Angestelltenausschusses keine Einigung mit der Geschäftsleitung, so entscheidet ein Schlichtungsausschuß. Nur wichtige Gründe können für die Verweigerung der Neueinstellung maßgebend sein, insbesondere Gründe, welche gegen die berechtigten Interessen der Angestellten des Betriebes verstoßen.

Kündigung und Entlassung von Angestellten: Kündigungen und Entlassungen von Angestellten bedürfen der vorherigen Zustimmung des Angestelltenausschusses. Kommt eine Verständigung zwischen Firmenleitung und Angestelltenausschuß nicht zustande, so entscheidet ein Schlichtungsausschuß. Das Material zur Begründung des Anspruchs ist bei der Beratung mit dem Arbeitgeber vorzulegen.“

Es hat den Anschein, als ob die Obleute der Angestellten für diesen Vermittlungsvorschlag, den auch Oberbürgermeister Wermuth als für beide Teile annehmbar erklärt, zu haben wären.

Die Frage der Gebührnisse für Mannschaften in Sachsen

△ Dresden, 15. April. (Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung.) Da das sächsische Heer bereits unter dem 1. April 1919 aufgelöst worden ist und außer den Sicherheits- und Grenzschutzformationen nur noch Rumpfverbände bestehen, die Verhältnisse in Sachsen also ganz anders liegen als in Preußen, so findet der Erlaß des Reichspräsidenten vom 4. April 1919, Eintritt der Friedensgebührnisse für Mannschaften, bis auf weiteres in Sachsen keine Anwendung. Die sächsische Regierung wird sich bei der Reichsregierung dafür einsetzen, daß für die noch vorhandenen Angehörigen des ehemaligen sächsischen Heeres eine angemessene Erhöhung der Löhnung und Verpflegung erfolgt.

Berlin, 14. April. (Drahtbericht.) Das Inkrafttreten der von der Reichsregierung erlassenen Verordnung vom 4. April über den Eintritt der Friedensgebührnisse für Unteroffiziere und Mannschaften des bisherigen stehenden Heeres ist vom 11. April auf den 1. Mai verschoben worden.

* Als dritten Vizepräsidenten der preußischen Landesversammlung wird die Deutschnationale Volkspartei den Abg. von Kries in Vorschlag bringen.

Die Aufgaben des Reichskohlenrates

Berlin, 14. April. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Der Reichsminister Wissel sagte in seiner Rede zur heutigen Eröffnung des Sachverständigenrates für Kohlenwirtschaft u. a. folgendes: Der zukünftige Reichskohlenrat, der als Selbstverwaltungskörper mit großen Machtvollkommenheiten die Kohlenwirtschaft führen soll, wird nach dem Gesetz ähnlich zusammengesetzt sein wie der heute hier tagende Sachverständigenrat. Ihre Verhandlungen werden die erste Probe darauf sein, ob der hoffnungsfrohe Gedanke richtig ist, daß die Zusammenarbeit aller beteiligten Kreise in einem Geist der Versöhnung und des gegenseitigen Verstehens geleistet werden könne, der allein ein Wiedererstehen kräftiger wirtschaftlicher Verhältnisse aus dem jetzigen Chaos verspricht. Wie das Kohlenwirtschaftsgesetz, so enthalten auch die Ihnen vorliegenden 85 Vorschläge nichts von dem unmittelbaren Einfluß der Arbeiter in Produktionsprozessen, der finanziellen Beteiligung des Reiches an der Kohlenwirtschaft und dem Recht an den Lagerstätten. Gesetzlich festlegen wollen wir nur das, was notwendig und wirtschaftlich klar erkannt wurde und feststeht. Darüber hinaus aber soll dem Gesetz die Möglichkeit gegeben werden, auch weiter einzugreifen, so wie die wirtschaftlichen Interessen es verlangen. Deshalb wird überall der Rahmen so weit gespannt, daß jeder, auch radikale Eingriff gemacht werden kann, daß er aber nur gemacht zu werden braucht, wenn der Reichskohlenrat den Eingriff für wirtschaftlich richtig hält. Als Mittel zur Vermeidung des Bureaukratismus werden Sie in unseren Vorschlägen erkennen, daß den unteren Instanzen möglichste Selbständigkeit gewährt wird und daß die höheren Instanzen nur durch allgemeine Richtlinien, sonst aber möglichst nicht von Amts wegen, sondern nur auf Anruf und zur Beseitigung von Mißständen eingreifen sollen. Schließlich bat der Minister diejenigen Herren, die voraussichtlich in dem zu gründenden Reichskohlenverband sitzen werden, der ja der Nachfolger des Reichskohlenkommissars werden wird, zu einer Besprechung mit dem Reichskohlenkommissar für Montag abend zu einer Sitzung zu kommen.

Der 9. Ausschuß für die Friedensverhandlungen

In Ergänzung unserer Meldung im heutigen Morgenblatt können wir nunmehr die Zusammensetzung des Ausschusses im einzelnen mitteilen. Er setzt sich aus dem Präsidenten der Nationalversammlung, den drei Vizepräsidenten der Nationalversammlung und 28 Mitgliedern aller Parteien folgendermaßen zusammen: Fehrenbach (Ztr.) Vorsitzender, Schulz-Ostpreußen (Soz.) stellv. Vorsitzender, Dietrich-Potsdam (Deutschnat.), Haußmann (Dem.), Sozialdemokraten: Krätzig, Löbe, Molkenbuhr, Müller-Breslau, Frau Röhl-Köln, Frau Schilling, Schumann, Dr. Sinzheimer, Stock, Vogel, Weiß; Zentrum: Ehrhardt, Gröber, Dr. Helm, Dr. Mayer-Schwaben, Dr. Spahn, Trimborn; Demokraten: Folk (Schriftführer), Dr. Hermann-Posen, Dr. Quidde, Freiherr von Richthofen, Dr. Wieland; Deutschnationale Volkspartei: Kraut (Schriftführer), Dr. Graf von Posadowsky-Wehner, D. Traub; Deutsche Volkspartei: Dr. Stresemann; Unabhängige Sozialdemokraten: Geyer-Leipzig, Haase-Berlin.

Zunehmende Agitation der Kommunisten in der Lausitz

Bautzen, 15. April. (Eig. Drahtbericht.) Auch in der sächsischen Oberlausitz entfalteten die Spartakiden in den letzten Tagen eine fieberhafte Tätigkeit. Die von Rühle in Weißwasserbda gegründete Ortsgruppe der Unabhängigen entfaltet trotz scheinbarer Untätigkeit eine umfassende Agitation. In Löbau wenden sich die Kommunisten an das Militär und suchen durch Geheimagenten, die sich anwerben lassen, die dort untergebrachten Freiwilligenformationen auf ihre Seite zu bringen. Nachdem sie hier ihr Werk eingeleitet haben, sind einige der Rädelsführer nach Zittau abgereist, um dort die gleiche Tätigkeit zu entfalten. Nunmehr planen sie auch einen Vorstoß gegen Bautzen, wo sie sich für diese Woche angekündigt haben. Es läßt sich nicht verkennen, daß die zersetzende Tätigkeit der Spartakiden auch in der Oberlausitz immer mehr an Boden gewinnt. Angesichts der wachsenden Gefahr trägt man sich in Kreisen des früheren Bautzener Bürgerausschusses mit dem Gedanken, sämtliche bürgerlichen Schichten zu einer machtvollen Organisation gegen die kommunistisch-spartakistischen Treibereien zusammenzuschließen.

Streik im Pirnaer Bezirk

Mügeln, 15. April. Nach vorangegangener Protestversammlung gegen den Belagerungszustand und die Verhaftung des Vorsitzenden des Pirnaer Arbeiterrates, des Kommunisten Kinnich, sind gestern nachmittag in einer Anzahl Mügelner, Heidenauer und Niedersedlitzer Fabriken die Arbeiter in den Ausstand getreten.

Beileidskundgebung an die sächsische Regierung

Dresden, 15. April. (Drahtbericht.) Die Fraktion der Deutschen Volkspartei richtete anläßlich der Ermordung des Ministers für Militärwesen Neuring folgende Depesche an den Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer: Herr Ministerpräsident! Die Fraktion der Deutschen Volkspartei teilt die allgemeine und tiefe Entrüstung über das an Herrn Minister Neuring fluchwürdig verübte Verbrechen im vollen Maße. Sie spricht der sächsischen Regierung das aufrichtige Beileid für den großen Verlust aus, den sie durch den Tod eines so tüchtigen, pflichttreuen und tatkräftigen Mitarbeiters erlitten hat.

Gez. Blüher, Vorsitzender.

Zukunft und Jugend

Alle, die in der chaotischen Bewegung der Gegenwart Sinn und Deutung ersehnen, die aus den Kämpfen des fanatischen Egoismus, der sich so oft hinter der Maske sozialer Tendenz verbirgt, noch eine zukunftverheißende Idee retten möchten, seien auf die revolutionäre Bewegung hingewiesen, die längst vor Krieg und Revolution die Tore zu hellerer Zukunft aufgerissen hat und von der zu erwarten steht, daß sie die neue Periode der Weltgeschichte allein zu einer wünschenswerten Neugestaltung des Daseins führen werde: die Revolution der Jugend und Schule. Sie hat vor dem Kriege die Erneuerung der Menschheit nicht nur gefordert, sondern tatsächlich begonnen, ihr ethisches Postulat in die Wirklichkeit umzusetzen.

Dokumente des Werdeprozesses dieser Idee und ihrer ersten Wirklichkeitsstufen hat Gustav Wyneken in einer Sammlung von Aufsätzen und Reden mit dem Titel „Der Kampf für die Jugend“ (Diederichs, Jena) niedergelegt.

Die Aufsätze stammen aus der Kampfzeit um die Idee vor dem Kriege. Sie sind Variationen des einen Themas: Wie ist die Erneuerung der Menschheit aus ihrer Jugend möglich und wie entsteht eine Jugendkultur?

Die heutige Jugend wird sich ihres einzigen Klasseninteresses, das allein in ihrer Treue zum Geist besteht, bewußt. Sie will ihre eigene Kultur, die Erfüllung der Kultursehnsucht der ganzen Gegenwart werden und in sie hineinmünden soll. Diese Not der Jugend ist Produkt der im Tiefsten ungeistigen Zeit, der Geist ein abstraktes Mittel ihrer mechanistischen Zivilisation ist und findet ihre Heilung in dem Prinzip eines neuen Körpergefühles, das nach einer wahrhaften Versinnlichung des Geistes und Vergeistigung des Sinnlichen durch die Ausbildung eines erhöhten Instinktes für Wert und Unwert strebt. Dies ist der weltgeschichtliche Sinn der Jugendbewegung, die programmlos aus Not, Trieb und innerem Zwang sich auch die Formen schuf, in denen ihr reiner Drang konkrete Gestalt wurde.

Wandervogel, freideutsche Jugend und freie Schulgemeinde sind die Stadien der Jugendbewegung, die mit ihrer letzten Erscheinung sich in das Herz der Regeneration der Kultur angesiedelt hat, in die Schule. Durch sie lagert sich Jugend in die gesamte Kulturbewegung ein und diesen Weg als Brücke der wahrhaft schöpferischen Kräfte zur Gegenwartskultur erkannt zu haben und die Kunst, diese Kräfte in ihrer reinen, ursprünglichen Gestalt dem Leben der Kultur zuzuführen, das ist Wynekens seltene Begabung und Verdienst.

Für Wyneken ist die Jugend das Stadium des Menschen, in dem dieser sich nicht nur seiner ewigen Bestimmung bewußt wird, sondern auch die daraus entstehenden ethischen Triebkräfte festigt und sie in ihrer radikalen Reinheit von allen ungeistigen Interessen gestaltet. So entwickelt sich eine Jugendkultur, deren Wesen in einer wirklich der Jugend entsprechenden Lebensform besteht. Damit ist gefordert, daß ihr in einer lebendigen Verknüpfung mit der Zeitkultur die Möglichkeit einer natürlichen und ihr angemessenen Lebensführung gewährleistet wird. Aber diese Grundsätze wären ein papiernes Programm geblieben, hätten nicht hinter ihnen schon konkrete Gebilde wie Wandervogel und vor allem die freie Schulgemeinde gestanden. Welcher Sinn in diesen Kulturorganisationen liegt, tritt in den Aufsätzen überaus plastisch hervor, weil sie Produkt der Polemik gegen Widerstände im eigenen und fremden Lager sind, so daß sie zu immer schärferen Formulierungen sich aufgipfeln.

Ferner zeigen diese Bekenntnisse, daß die in ihnen wirksame Idee keineswegs Produkt eines neuerungssüchtigen Originales sind, sondern sie stellen sich als logisches Ergebnis der abendländischen Weltanschauungsentwicklung heraus. Plato, Fichte, Hegel und Nietzsche sind die Hausgötter dieser neuen Gemeinschaftslehre. Denn als solche ist das Werk Wynekens zu betrachten.

Es möge denn daher auch aus der Fülle der in diesen Aufsätzen ausgebreiteten kulturphilosophischen und -politischen Tendenzen nur der Wille zu einer wahrhaft sozial gerichteten Weltanschauung hervorgehoben werden, weil darin die tiefste Not der Gegenwart zum Ausdruck kommt. Wir haben kein Ethos für die sozialen Lebensformen, zu denen uns jetzt ein unabänderliches Schicksal zwingt. Wird sich aber die Jugend ihres Zusammenhanges mit der gegenwärtigen Kultur bewußt, empfängt sie von ihr ihren Sinn, und erfüllt sie diese mit ihrem Blut, ist ihr die Tatsache der „Autorität“ kein Widerspruch mehr zu ihrem sittlichen Eigengesetz, wird ihr der in der Reinheit ihrer Seele begriffene Geist wirklich Anschauung und Tat, d. h. die Jugendbewegung wird wirklich Jugendkultur, wie sie Wyneken in seiner Schulgemeinde gestaltet, dann haben wir wieder ein Recht auf Zukunft gewonnen und beglückwünschen die kommende Generation zu ihrer Reife in das gelobte Land, das uns zunächst nur als unbezweifelter Glaube vor Augen schweben muß, damit wir vor den Abgründen der Gegenwart nicht erschaudern.

Dr. F. B.

„Aus dem Leben des Kindes.“ Die Sache war recht hübsch gedacht. Sollte doch durch Gesang und Rezitation ein künstlerisch einheitlich aufgebautes Programm verwirklicht werden, dem der Gedanke „Aus dem Leben des Kindes“ zugrunde gelegt war. Doch mit des Geschickes Mächten . . . Frau Grete Merrem-Nikisch, die Kinderlieder von Reger und Vieck zu singen beabsichtigte, saß zu der Zeit, da man ihrer Kunst zu lauschen gemeint, in Jena und konnte nicht weiter. So blieb Frau Elsa Straka-Jansen nichts weiter übrig, als die ob der unerwarteten Absage nicht mit Unrecht verstimmte Zuhörerschaft um Entschuldigung zu bitten und die Doppelreihe ihrer Darbietungen um je eine Geschichte zu bereichern. Mit immer steigendem Interesse folgte man ihren Rezitationen, nicht etwa bedingt durch eine besonders klangvolle, wenn auch modulationsreiche Stimme, auch nicht durch virtuose Beherrschung des Sprach-Technischen, vielmehr durch eine lebenswahre, sehr lebendige Vortragsweise, durch die die Tiefe des Empfindens zu wirksamem Ausdruck kam und die feines Verständnis für das Gefühlsleben des Kindes verriet. Dabei war es der Künstlerin gegeben, die ernst gehaltenen Dichtungen und Geschichten des ersten Teiles nicht weniger eindringlich vorzutragen, als die zumeist heiteren des zweiten, deren Pointen treffend hervorkehrend.

C. H.

Opernuraufführung in Hamburg. Aus Hamburg wird uns geschrieben: Max Oberleithner, dessen „Eiserner Heiland“ größere Beachtung fand, ist hier im Stadttheater mit einer neuen dreiaktigen Oper „Cäcilie“ hervorgetreten; die Uraufführung brachte dem Werk einen starken Erfolg. Die Handlung von Bruno Warden und J. M. Welleminsky führt in das Wien der abschließenden großen Musikepoche nach Beethovens Tod. Es ist die Zeit um 1829. Das Leben wird durchtränkt von heiterem Biedermeiertum, das hoch und niedrig in einen harmlosen, unbefangenen Verkehr zueinander stellt. Ein junger Komponist verliebt sich in eine junge Fürstin, ohne zu wissen, daß sie die Gattin des Hofmarschalls ist. Sobald er aber die Wahrheit erfährt, bricht ihm ein Entsagungsschmerz das Herz, und er stirbt, in dem Augenblick, wo seine von der Fürstin begünstigte Oper „Cäcilie“ (zufällig führt sie den gleichen Namen) den Triumph der ersten erfolgreichen Aufführung erlebt. In höherem Sinne bringt dann der dritte Akt das glorioſe, himmlisch verklärte Bild der heiligen Cäcilie, die die Seele des Toten zur Unsterblichkeit erhebt. Traumgesichte spielen eine Rolle. Der Konflikt wächst aus einer fröhlichen Gartenszene heraus und endet in stiller Tragik. Die Musik verfolgt durchweg die schöngeschwungene melodische Linie und spricht daher ohne weiteres an. Herrlich wirkten die Bühnenbilder in der Inszenierung Jelenkos. Die beiden Hauptgestalten hatten in Herrn Schubert und Frau Schumann ausgezeichnete Vertreter. Der Beifall war lebhaft und anhaltend.

A. L.

* * *

Henri Guilbeaux, der während des Krieges in der Schweiz die Verständigungszeitschrift „Demain“ herausgab und kürzlich in Paris während seiner Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde, hat inzwischen die russische Staatsbürgerschaft erworben, ist nach Moskau übergesiedelt und hat sich dem Bolschewismus angeschlossen.

Literarische Mitteilungen. Von dem Bibliothekar an der Deutschen Bücherei in Leipzig, Dr. Johannes Thummerer ist im Verlag Fr. Wilh. Grunow, Leipzig, ein Roman „Die tanzende Familie Holderbusch“ erschienen, der in Oesterreich (Deutschböhmen) spielt und vornehmlich aktuelle soziale Probleme behandelt. Ein anderer im selben Verlag erschienener Roman Thummerers, der Blindenroman „Hannerle“, liegt bereits in 4. Auflage vor.